

Stand: 25.06.2026 11:09:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/28904

"Deutschlandticket als rabattiertes Jobticket auch für die Beschäftigten des Freistaates Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/28904 vom 10.05.2023
2. Beschluss des Plenums 18/28981 vom 11.05.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 145 vom 11.05.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Klaus Adelt, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Deutschlandticket als rabattiertes Jobticket auch für die Beschäftigten des Freistaates Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Erwerb des Deutschlandtickets als rabattiertes Jobticket für die Bediensteten und Tarifbeschäftigten des Freistaates zu ermöglichen und, sofern erforderlich, umgehend die nötigen Schritte zu ergreifen, um die haushaltsrechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen.

Begründung:

In einem Schreiben vom 31. März 2023 führt das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat aus, dass der Erwerb des Deutschlandtickets als rabattiertes Jobticket für die Beschäftigten des Freistaates nicht möglich sei. Der Erwerb des Deutschlandtickets als rabattiertes Jobticket setze die Zahlung eines Zuschusses seitens des Arbeitgebers voraus. Ein solcher Zuschuss könne vom Freistaat mangels haushaltsrechtlicher Grundlage und Finanzierbarkeit nicht gewährt werden.

Der Freistaat sollte jedoch umgehend die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das Angebot des Deutschlandtickets als rabattiertes Jobticket mit den erforderlichen staatlichen Zuschüssen auch von seinen Beamtinnen und Beamten und seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Anspruch genommen werden kann. Die Staatsregierung ist deshalb aufgefordert, erforderliche haushaltsrechtliche Maßnahmen umgehend in die Wege zu leiten. Das ist verkehrspolitisch, umweltpolitisch und aus Sicht der Kundinnen und Kunden von SPNV und ÖPNV geboten und erwünscht.

Mit dem sog. Deutschlandticket gibt es künftig ein bundesweit gültiges ÖPNV-Ticket zum Einführungspreis von 49 Euro monatlich. Ab dem 1. Mai 2023 kann das Ticket deutschlandweit als monatlich kündbares Abo im ÖPNV genutzt werden. Für Millionen Pendlerinnen und Pendler wird der tägliche Weg zur Arbeit deutlich günstiger und auch für viele weitere Bürgerinnen und Bürger wird der Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn nun finanziell noch attraktiver.

Mit dem Deutschlandticket baut die Bundesregierung auf dem Erfolg des 9-Euro-Tickets auf. Mit 52 Mio. verkauften Tickets und 30 Mio. Tickets im Abo hat das 9-Euro-Ticket im vergangenen Sommer über drei Monate lang gezeigt, wie sehr der Preis und vor allem die vereinfachte Nutzung die Mobilitätsgewohnheiten der Menschen verändern können.

Bereits Anfang September 2022 hatte die SPD-Bundestagsfraktion die Rahmenbedingungen für ein solches Deutschlandticket formuliert und konnte diese schließlich erfolgreich umsetzen. Der ÖPNV ist bis dato durch eine undurchsichtige Tariflandschaft und kleine und kleinste Verkehrsverbände geprägt. Für viele Menschen sind das zusätzliche

Hürden, die die Nutzung des ÖPNV erschweren. Mit dem Deutschlandticket wurde nun eine einfache deutschlandweite Nutzbarkeit geschaffen und der Tarifdschungel damit deutlich gelichtet. Um die Finanzierung des Deutschlandtickets zu gewährleisten, stellt der Bund den Ländern 1,5 Mrd. Euro jährlich zur Verfügung.

Besonders wichtig war der SPD-Bundestagsfraktion dabei vor allem auch, dass das Deutschlandticket auch als Jobticket bezogen werden kann. Wenn die Arbeitgeberin oder der Arbeitgeber sich mit mindestens 25 Prozent beteiligen (12,25 Euro), gibt es zusätzlich weitere 5 Prozent Rabatt (2,45 Euro), sodass das Ticket für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dann für 34,30 Euro monatlich erhältlich ist. Mit dieser zusätzlichen Entlastung wird für viele Menschen die Fahrt mit dem ÖPNV konkurrenzlos günstig.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Klaus Adelt, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/28904

Deutschlandticket als rabattiertes Jobticket auch für die Beschäftigten des Freistaates Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Alfred Grob

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Elmar Hayn

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Stefan Löw

Abg. Sebastian Körber

Staatsminister Albert Füracker

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Florian Ritter u. a. und Fraktion (SPD)

Deutschlandticket als rabattiertes Jobticket auch für die Beschäftigten des Freistaates Bayern (Drs. 18/28904)

Ich öffne die Aussprache und erteile dem Herrn Kollegen Arif Taşdelen für die SPD-Fraktion das Wort.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten in den letzten Jahren sicherlich viele große politische Ereignisse. Wenn ich aber auf die Zeit zurückblicke, seitdem ich politisch interessiert bin – und das ist ziemlich lange –, erinnere ich mich spontan an die Wiedervereinigung.

Wenn ich weiter zurückdenke, dann denke ich tatsächlich an das Deutschlandticket. Das ist für mich politisch gesehen eine absolute Revolution. Wir kennen die Zeiten, in denen wir vor Fahrscheinautomaten gestanden haben, verzweifelt sind oder andere Menschen verzweifelt waren und um Hilfe gebeten haben. Sicherlich kennen Sie alle das Gefühl, wenn man in eine Stadt fährt, aus dem Zug aussteigt, zur U-Bahn will, noch schnell einen Fahrschein lösen muss und dann die U-Bahn verpasst, weil das am Fahrscheinautomaten eben zu lange gedauert hat.

Ich glaube, dass sich auch einige an die eigene Erfahrung erinnern können, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass man in der U-Bahn, in der S-Bahn oder in der Straßenbahn sitzt und sich auf einmal nicht mehr sicher ist, ob man das richtige Ticket gelöst hat, ob die Tarifzone, für die man gelöst hat, auch tatsächlich die richtige ist oder ab

wann das 4-Stunden-Ticket, das man gelöst hat, gültig ist – ab dem Entwerten oder ab dem Kaufzeitpunkt usw.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dieser Angst haben wir alle schon einmal zu tun gehabt. Damit ist Schluss.

(Beifall bei der SPD – Ulrich Singer (AfD): Das sind doch nur digitale Angebote!
Damit haben viele Leute Schwierigkeiten!)

Jetzt gibt es das vereinheitlichte und vereinfachte Deutschlandticket. Dieses Ticket kostet 49 Euro und ist für den ÖPNV bundesweit gültig. Das ist eine absolute Revolution. Vor allem wurden damit die Verkehrspolitik und der ÖPNV revolutioniert. Da sehen Sie, was möglich ist, wenn Sozis dieses Land regieren.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN –
Tanja Schorer-Dremel (CSU): Oje! – Franz Bergmüller (AfD): Sehr wenig Beifall!)

– Sie können anschließend gerne mit Ihren Erfolgen prahlen,

(Tobias Reiß (CSU): Wir haben wenigstens welche!)

nachdem die CSU 16 Jahre lang den Verkehrsminister gestellt hat. Ich glaube aber, dass Ihnen da nicht viel einfallen wird.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir wollen dieses Deutschlandticket zu einem rabattierten Jobticket machen. Die Arbeitgeberin oder der Arbeitgeber sollen mit der Deutschen Bahn einen Rahmenvertrag schließen, damit dieses Ticket rabattiert angeboten werden kann. Voraussetzung dafür ist, dass 25 %, also 12,25 Euro, von der Arbeitgeberin oder vom Arbeitgeber erstattet werden. Der Bund gibt dann noch einmal einen Zuschuss von 5 %, das sind 2,45 Euro zusätzlich. Das bedeutet, dass dieses Jobticket unschlagbar günstig würde. Es würde pro Monat nur noch 34,30 Euro kosten. Dieser Preis wäre tatsächlich unschlagbar. Das war auch die Zielrichtung der Bundesregierung.

Ich komme aus einem Betrieb, in dem es ein Jobticket gab. Ich kenne sehr viele Arbeitgeber, auch aus dem privaten Sektor, die ein solches Jobticket haben und die damit im wahrsten Sinne des Wortes sehr gut fahren. Einige Kolleginnen und Kollegen, die neu bei uns angefangen haben, haben gefragt, ob es ein Jobticket gebe. Dieses Ticket macht den ÖPNV attraktiver und leistet einen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende und zum Umweltschutz.

Herr Finanzminister, von daher würde es uns gut zu Gesicht stehen, wenn der Arbeitgeber Freistaat Bayern mit gutem Beispiel vorangehe und für seine rund 380.000 Beschäftigten und Bediensteten dieses rabattierte Jobticket anbieten würde. Der öffentliche Dienst hat aktuell einen großen Fachkräftemangel. Vielleicht können wir uns dazu durchringen, das attraktive Jobticket einzuführen. Wir könnten uns dann mit der freien Wirtschaft messen und würden den Freistaat als Arbeitgeber attraktiver machen. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Taşdelen.
– Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Alfred Grob das Wort.

Alfred Grob (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Arif Taşdelen, du hast gerade dargestellt, worum es in deinem Dringlichkeitsantrag geht: Du willst das 49-Euro-Deutschlandticket als rabattiertes Jobticket für alle Bediensteten des Freistaates Bayern einführen. So weit ist alles klar. Diese Forderung würde aber die Änderung haushaltsrechtlicher Grundlagen voraussetzen. Wir müssten dazu das Haushaltsgesetz ändern.

Ich möchte ein paar Rahmendaten nennen: Die Beschäftigten des Freistaates Bayern können derzeit verschiedene Jobtickets nutzen. Diese werden von verschiedenen regionalen Verkehrsverbänden und natürlich auch von der Deutschen Bahn und von der Bayerischen Regiobahn angeboten. Alle diese Tickets haben rabattierte Preise. Bei uns in Ingolstadt wird mit Sicherheit eine Konkurrenz zwischen dem regionalen Ver-

kehrverbund und dem Bayerticket entstehen. Die Menschen werden die Möglichkeit wählen, die für sie die günstigste ist, um in die Arbeit zu kommen.

Es gibt außerdem die MVV-Karte als Sondervergünstigung für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Es gibt Möglichkeiten, uniformierte Beamtinnen und Beamte zu unterstützen. Uniformierte Beamtinnen und Beamte können im regionalen Verkehrsverbund und der DB kostenlos fahren. Allerdings müssen sie dann in dem betreffenden Verkehrsmittel für die Sicherheit sorgen und bei Bedarf einschreiten. Warum erzähle ich das? – Inzwischen gibt es für Beschäftigte des Freistaates Bayern, die den ÖPNV nutzen können und nutzen wollen, eine ganze Reihe von Vergünstigungen, um in die Arbeit zu kommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Verkehrsminister wird bestätigen, dass das 49-Euro-Ticket ein hochsubventioniertes Ticket ist, das der Bund und die Länder schon gemeinsam gefördert haben. Jetzt soll eine zweite Förderung hinzukommen. Okay.

Aus langjähriger Erfahrung als Dienststellenleiter mit vielen Bediensteten weiß ich, dass sehr viele Kolleginnen und Kollegen in den Ballungs- und Verdichtungsräumen wie München, Augsburg, Nürnberg oder Ingolstadt die Möglichkeit nutzen, mit dem ÖPNV zur Arbeit zu kommen. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass in Bayern viele Beschäftigte im ländlichen Raum leben. Diese haben mangels ÖPNV gar nicht die Möglichkeit, in den Genuss dieser Ermäßigung zu kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was will ich damit sagen? – Nach dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag der SPD können Beschäftigte des Freistaates Bayern, die den ÖPNV nutzen können, weil sie ihn vor der Haustüre haben, die Vorteile eines Jobtickets genießen. Wir haben aber in einem Flächenstaat wie Bayern auch viele Beschäftigte, die diese Möglichkeit nicht haben, weil sie keinen ÖPNV vor der Haustüre haben. Damit entstünde also eine Ungleichheit der Förderung. Die Ballungsräume würden vermehrt unterstützt; das Land würde aber von dieser Vergünstigung wenig abbekommen. Damit entstünde eine einseitige Förderung der Ballungsräume. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, ich frage Sie: Wollen Sie wirklich eine so

einseitige Förderung? Ich kenne die SPD so, dass sie Gleichheit und Gleichberechtigung für alle fordert. Das würde hier ein bisschen verschoben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, ich frage Sie außerdem, warum Sie diesen Dringlichkeitsantrag nicht vor fünf oder sechs Wochen eingebracht haben, als wir ausgiebig über den bayerischen Staatshaushalt diskutiert haben. Das wäre genau der richtige Zeitpunkt gewesen. Jetzt, vier Wochen später, steht der Haushalt. Und nun kommen Sie daher und wollen hopplahopp den Haushalt ändern. Sie wissen doch, dass das Jobticket haushaltsrelevant wäre. Theoretisch gerechnet: Würde jeder Bedienstete des Freistaates Bayern dieses Jobticket nutzen, würde das den Freistaat Bayern 56 Millionen Euro kosten, also 12,25 Euro pro Bediensteten. Wahrscheinlich würde dieses Ticket nur von der Hälfte der Bediensteten genutzt. Das wäre ein realistischer Ansatz. Über die Unterschiede zwischen Stadt und Land haben wir ja schon diskutiert. Damit würden 28 Millionen Euro pro Jahr für den Freistaat zu Buche schlagen. Das wäre durchaus haushaltsrelevant.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, es ist doch klar, dass wir jetzt auf die Schnelle keinen neuen Haushalt und kein neues Haushaltsgesetz aufstellen können. Ich denke deshalb, bei diesem Dringlichkeitsantrag schwingt ein gutes Stück Populismus und ein gutes Stück Wahlkampf motivation mit; denn es sind immerhin 400.000 Bedienstete des Freistaates Bayern, denen Sie nach außen hin etwas Gutes tun wollen.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Das haben wir uns von euch abgeschaut!)

– Na ja. Jetzt bleiben wir doch einmal bei der Sache. Ich halte sehr viel von Sachargumenten. Das wichtigste Sachargument bringe ich jetzt:

Eine verbindliche tarifrechtliche Regelung zur Förderung des Deutschlandtickets gibt es leider nicht. Das Ganze muss im Tarifrecht fixiert werden. Und ei der Daus: Ich glaube, im Oktober ist da was. Im Oktober haben wir die Tarifverhandlungen der Länder. Dann – davon bin ich überzeugt – ist genau der richtige Zeitpunkt, dann sollte man

das Jobticket verhandeln. Hier sollte es in die Tarifverhandlungen mit eingebracht werden.

Mir ist auch wichtig, dass dieser Abschluss, der dann hoffentlich mit Jobticket zustande kommt, übertragen wird auf alle Beamtinnen und Beamten des Freistaates Bayern. Dann haben wir nämlich zwei Sachen gewonnen, zwei Vorteile, so wie es nach Auskunft des Finanzministeriums auch die Finanzminister der Länder, im Übrigen auch die Finanzminister der rot-grün regierten Länder, am Rande des letzten Zusammenkommens abgesprochen haben. Wir hätten ein bundesweit gemeinsam abgestimmtes Vorgehen aller Länder, was das Jobticket betrifft. Das wäre tarifrechtlich sauber verhandelt. Der wichtigste Vorteil aus Sicht des öffentlichen Dienstes ist, dass wir eine Gleichbehandlung von Tarifbeschäftigten und bediensteten Beamten haben und hier keinen Unterschied machen müssen. Das war doch immer unsere Maxime, und dabei sollten wir weiterhin bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Noch mal: bundesweit abgestimmtes Vorgehen, tarifrechtliche Regelung und gemeinsames Vorgehen für Beamte und Angestellte. Das ist mein Antrag. Wir sind gut beraten, wenn wir sagen: Warten wir die Verhandlungen des öffentlichen Dienstes ab und machen wir keinen Schnellschuss, wie der Dringlichkeitsantrag der SPD zumindest auf mich wirkt. Wir lehnen den Antrag ab, bleiben an der Sache dran, wollen einen starken öffentlichen Dienst und wollen das auch unterstützen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Grob. Bitte bleiben Sie am Mikrofon. – Ich gebe bekannt, dass die SPD-Fraktion namentliche Abstimmung zu ihrem Dringlichkeitsantrag zum Jobticket beantragt hat, und gebe Herrn Kollegen Arif Taşdelen für eine Zwischenbemerkung das Wort.

Arif Taşdelen (SPD): Lieber Alfred Grob, in meiner Rede habe ich deutlich gemacht, dass es um die Beschäftigten und Bediensteten geht, das heißt, da machen wir keine Unterschiede zwischen Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamten. Aber wenn man dann mit dem Kostenaspekt kommt, kann man im zweiten Satz nicht sagen: Wir hoffen, dass es dann bei den Tarifverhandlungen mit reinverhandelt wird, weil Tarifverhandlungen den Arbeitgeber, in dem Fall den Freistaat, auch Geld kosten. Also kann es so gesehen gar nicht die Kostenfrage gewesen sein. Oder meintest du damit, dass der Freistaat oder die Arbeitgeber, wenn es bei den Tarifverhandlungen reinverhandelt wird, bei den Tarifverhandlungen woanders ein bisschen sparen könnten? Ich würde nämlich tatsächlich ganz gerne das Jobticket nicht in die Tarifverhandlungen reintun, sondern das Thema vorher schon erledigen, weil so ein Ticket bei den Tarifverhandlungen wenig verloren hat.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Bitte schön, Herr Kollege Grob.

Alfred Grob (CSU): Erstens. Das sehen die Finanzminister der Länder offenbar ganz anders. Da waren auch die von Rot-Grün dabei. Die haben das am Rande der Finanzministerkonferenz nämlich so beschlossen, dass man das in die Tarifverhandlungen mit reinnehmen soll.

Zweitens will ich natürlich auch, dass das funktioniert, weil mir der öffentliche Dienst und die Beamtinnen und Beamten genauso wie die Tarifbeschäftigten am Herzen liegen. Aber du weißt ganz genau, dass wir es in dieser Legislatur nicht mehr auf die Reihe bekommen, schnell mal das Haushaltsgesetz wegen des Jobtickets zu ändern. Der realistischere und auch pragmatischere und der erfolgversprechende Weg ist, das über das Tarifrecht zu versuchen. Wenn wir es da nicht hinbekommen, dann sollten wir im Oktober oder November versuchen, einen zweiten Anlauf zu nehmen. Da bin ich auch gerne mit dabei. Dann können wir aber nur den Ansatz über das Beamtenrecht wählen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Grob. – Weitere Meldungen zu Zwischenbemerkungen sehe ich nicht. Damit kämen wir zum nächsten Redner: Das ist der Abgeordnete Elmar Hayn. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Elmar Hayn (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe demokratischen Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Dringlichkeitsantrag trifft genau den wunden Punkt der Söder-Regierung. Im zitierten Schreiben des Staatsministeriums der Finanzen ist allen Beschäftigten schwarz auf weiß bestätigt worden, dass Söder sich ein weiteres Mal mit fremden Federn schmückt. Sie haben die Bediensteten des Freistaates im Glauben gelassen, dass Sie Steuergeld einsetzen, damit die Jobtickets günstiger werden. – Das Gegenteil ist der Fall. Der Rabatt kommt von den Verkehrsbetrieben, deren anteilige Finanzierung durch den Freistaat im Gegenzug immer weiter zurückgeht. Der Freistaat selbst beschäftigt rund 400.000 Menschen, die sich täglich darum kümmern, dass der Laden läuft. Ich sage an dieser Stelle ein großes Dankeschön für ihrer aller Einsatz für unsere Gesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Der Söder-Regierung sind sie, die Bediensteten, aber offenbar keine 12,50 Euro pro Monat zusätzlich wert. Pro Jahr wären dies – der Kollege Grob hat es gerade vorge-rechnet – 56 Millionen Euro oder ins Verhältnis zum Gesamthaushalt gesetzt weniger als ein Promille des Gesamthaushalts.

Mit verhältnismäßig wenig Geld könnten Sie als Staatsregierung gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: Erstens. Wertschätzung den Bediensteten gegenüber ausdrücken. Zweitens. Zusätzliche Motivation für die Bediensteten, sich täglich für den Staat ein Bein auszureißen, was sie jetzt schon tun. Drittens. Die Verkehrswende unterstützen. Mobilität ist ein Grundrecht. Viertens. Klimaschutzmaßnahmen unterstützen. Fünftens, nicht zu unterschätzen: inflationsdämpfende Maßnahmen unterstützen. Das 9-Euro-Ticket beispielsweise hat laut dem IW – dem Institut der deutschen Wirtschaft – die Inflation letztes Jahr um rund einen Prozentpunkt gesenkt.

Aber vielleicht sind gerade das die Gründe, das aus Ihrer wahlkampftechnischen Sicht eben nicht zu unterstützen. Bei mir verstärkt sich immer mehr der Eindruck, dass alles, was von der Bundesregierung kommt, von Ihnen schlechtgeredet oder torpediert wird,

(Wolfgang Fackler (CSU): Weil es schlecht ist! – Weitere Zurufe von der CSU)

sei es bei der gelungenen Sicherung der Energieversorgung im letzten Winter, sei es bei den inflationsdämpfenden Maßnahmen wie Heizkostenzuschuss oder Strompreis- und Gaspreisbremsen, um nur ein paar anzuführen.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Da funktioniert gar nichts! Chaos! – Wolfgang Fackler (CSU): Die sind nicht angekommen!)

– Die sind sehr wohl angekommen! Sie müssen mal auf das Konto schauen. –

(Zurufe von der CSU)

Niemand musste frieren. Es musste wirklich keiner frieren, obwohl wir uns aus der von Ihnen mitverursachten Abhängigkeit von russischem Gas lösen mussten. Die Gasspeicher sind zum Ende der Heizperiode immer noch zu mehr als 65 % gefüllt, fast zweieinhalbmals mehr als ein Jahr zuvor.

(Beifall bei den GRÜNEN – Ulrich Singer (AfD): Weil ihr mit Kohle heizt!)

Ein großes Dankeschön von dieser Stelle aus an Robert Habeck und das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz!

(Lachen bei der CSU – Zurufe von der CSU)

Danke an die Bundesregierung für diese Maßnahmen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Ulrich Singer (AfD): Dass man auf Kohle umstellt! – Wolfgang Fackler (CSU): Zum Thema!)

Sie könnten die Akzeptanz und Verbreitung des Deutschlandtickets stärken und somit aktiv zum Klimaschutz beitragen. Aber das würde ja eher auf das Konto der Bundesregierung einzahlen. Mit Ihren Reden schüren Sie Angst vor kalten Wohnzimmern. Sie versuchen, Klimaaktivistinnen und -aktivisten zu kriminalisieren, Stichwort: "Klima-RAF".

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Nichts Kriminalisierung! – Zurufe von der AfD)

Sie tun nichts. Sie wollen das Deutschlandticket, das Jobticket eher verhindern oder torpedieren als tatsächlich fördern. Ich sage nur das, was der Kollege Stümpfig regelmäßig anführt. Sie setzen unnötige Auflagen um bei Genehmigungsverfahren von Windrädern in Wäldern. Selbst die Naturschutzverbände schütteln hier den Kopf.

(Wolfgang Fackler (CSU): Meiler für Kohlestrom!)

Sie spalten die Gesellschaft, Sie verbreiten Ängste.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Ihr seid doch die größten Spalter!)

Sie werfen dem von der bayerischen Wirtschaft geforderten raschen Aufbau von billigem bayerischem Windstrom Knüppel zwischen die Beine,

(Wolfgang Fackler (CSU): Kohlestrommeiler! Was ist das für ein Aufbau von Windstrom?)

nachdem Sie mit Ihrem faktischen Windkraftverbot mit 10 H krachend gescheitert sind.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Wir GRÜNE denken in Lösungen und daran, wie wir unter anderem das Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens sozialverträglich erreichen können.

(Ulrich Singer (AfD): Ja, ja, Kohlestrom!)

Die von der Bundesregierung angestoßenen Klimaschutzmaßnahmen sind das größte Konjunkturprogramm der letzten Jahrzehnte. Lassen Sie sich das deshalb noch einmal gesagt sein: Liebe CSU-Fraktion, springen Sie über Söders Schatten und sorgen Sie mit Ihren Stimmen und in Ihrer Verantwortung für die Bediensteten des Freistaates – die Ausführungen von Herrn Grob stimmen mich eigentlich sehr zuversichtlich – für eine Zustimmung zum Dringlichkeitsantrag. Uns sind es die Bediensteten wert.

Noch eine persönliche Anmerkung: Ihr Schüren von Ängsten und Ihre spaltenden Äußerungen bereiten jenen den Weg, die glauben, mir die Scheibe meines Abgeordnetenbüros in Nürnberg mit einem Stein einschmeißen zu können. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hayn. – Ich darf als nächsten Redner den Kollegen Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Pohl, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hayn, kennen Sie Wolfgang Krebs? – Wolfgang Krebs hat als "Edmund Stoiber" immer wieder mal die falsche Rede dabei. Genau das Gefühl hatte ich bei Ihnen auch.

(Heiterkeit bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Es geht um das Jobticket, nicht um Robert Habeck und seine ständigen Fehlleistungen, die Sie hier einigermaßen geradezubiegen versuchten. Nein, wir reden hier über das Jobticket, und da hat der Kollege Taşdelen, der gerade ein wichtiges Gespräch zu führen hat, einen ganz wichtigen Satz gesagt. Herr Kollege Taşdelen, Sie haben gesagt, wenn die SPD regiert, gibt es Revolution. – Genau deswegen sollte die SPD in Bayern nicht regieren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Lachen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Idee des Jobtickets ist gut gemeint, aber schlecht gemacht. Erstens – da schaue ich zum Kollegen Fackler – ist es nun einmal ein Thema der Tarifverhandlungen. Natürlich kann man es auch anders lösen, wie man vieles anders lösen kann. Aber ich weiß nicht, warum wir bewährte Strukturen verlassen sollten.

Zweitens, bewährte Strukturen: Ja, Herr Kollege Hayn, guten Morgen! Herr Kollege Taşdelen, guten Morgen! Wir haben wochenlang Haushaltsberatungen gehabt, und ich fühle mich als Haushaltspolitiker schon ein wenig auf den Arm genommen, wenn Sie jetzt daherkommen und sagen: Na ja, macht das mal! Gegenfinanzierung, na ja! Das wird der liebe Gott regeln oder der Finanzminister selbst. – Ich denke, er wird dazu nachher auch noch Ausführungen machen. Also, so geht's halt einfach nicht!

Wir haben in diesem Haushalt für das 49-Euro-Ticket, ich meine, 180 Millionen Euro eingestellt. Na ja, das ist ja gar nichts, und da können wir ja die 50 oder 54 Millionen für die Beamten noch dazunehmen. Was kostet die Welt? Haushaltspolitik ist etwas für die Regierungsfractionen; uns muss das Ganze nicht bekümmern!

Letzter Punkt: Ich komme aus einem Stimmkreis mit Städten, aber auch mit ländlichem Raum. Da finde ich es schon einigermaßen ungerecht – aber es passt ins Bild –, Herr Kollege Taşdelen, wenn nur Metropolenpolitik gemacht wird. Ich weiß, das ist das Markenzeichen der SPD,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

das ist das Markenzeichen der GRÜNEN. Wir haben das ganze Land im Blick, und deswegen kann man jetzt nicht einfach mal hier noch beim ÖPNV für die Beschäftigten des Freistaates Bayern eins drauflegen. Das zahlen nämlich dann im Zweifel auch diejenigen mit, die davon nichts haben. Das finden wir ungerecht, und deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke, Herr Abgeordneter Pohl. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Wir haben zwei Interventionen, die erste vom Herrn Kollegen Taşdelen. Bitte schön.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Kollege Bernhard Pohl, du weißt ganz genau, dass dieses Deutschlandticket seit dem 01.05. gilt. Du wärst im Haushaltsausschuss, wenn die SPD im März oder im April gekommen wäre und gesagt hätte, hey, da gibt's ein Thema, über das wir reden müssen, der Erste gewesen, der gesagt hätte: Gilt noch nicht. Wir reden erst ab 1. Mai darüber. – Das ist doch die Wahrheit.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Also lieber Kollege Taşdelen, erst einmal einen herzlichen Glückwunsch für die Multitaskingfähigkeit, sowohl mir zuzuhören als auch mit der Frau Kollegin Annette Karl intensiv zu diskutieren!

Zweitens. Genau das, was hier im Raum steht, lieber Kollege Taşdelen, kann ich dir ganz einfach widerlegen. Wenn wir so denken würden, dass das erst ab 01.05. gilt und wir das im Haushalt nicht zu berücksichtigen hätten, dann hätten wir das Geld ja auch gar nicht einstellen dürfen, das wir für dieses 49-Euro-Ticket brauchen. Dann hätten wir halt statt 180 Millionen 230 Millionen Euro eingestellt. Also diese Aussage entlarvt sich im Grunde selber. Selbstverständlich hätten wir darüber diskutiert. Ob wir auf einen Nenner gekommen wären, kann ich allerdings nicht sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Dann eine weitere Zwischenfrage vom Kollegen Hayn.

Elmar Hayn (GRÜNE): Lieber Kollege Pohl, kurze Frage zu den Verantwortlichkeiten: Wer ist denn Ihrer Meinung nach dafür verantwortlich, dass die Gasspeicher jetzt zu 60 % gefüllt sind, also 40 Prozentpunkte höher als im letzten Februar?

(Zuruf des Staatsministers Albert Füracker)

Wer ist dafür verantwortlich, dass die Inflation tatsächlich um einen Prozentpunkt laut IW gesunken ist? Welche Dinge werfen Sie denn tatsächlich vor, die in der Bundesregierung nicht funktioniert hätten? Das sind haltlose Behauptungen von Ihnen, die einfach nur in den Raum geschmissen werden. Das ist typisch FREIE WÄHLER! Die kriegen da nichts auf die Kette.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Hayn. – Herr Abgeordneter Pohl, Sie haben Zeit zu antworten.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Hayn, wer ist dafür verantwortlich, dass das Wirtschaftsstrafrecht nicht verschärft wurde? Wer ist dafür verantwortlich, dass von den 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr noch nichts ausgegeben wurde? Wer ist dafür verantwortlich, dass die Klimaziele im Bund nicht eingehalten werden, usw. usf.? – Sie reden völlig am Thema vorbei, und deswegen bin ich nicht bereit, auf Ihre Intervention eine Antwort zu geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von den GRÜNEN: Weil Sie keine haben!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Pohl. – Meldungen zu weiteren Interventionen liegen nicht vor. Ich darf zum nächsten Redner kommen. Das ist der Abgeordnete Stefan Löw von der AfD. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Löw (AfD): Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag fordert die SPD, dass die Beschäftigten des Staates, also Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes, das Deutschlandticket günstiger als Jobticket beziehen können.

Für die Beschäftigten in Großstädten oder mit guter ÖPNV-Verbindung ist das Deutschlandticket natürlich sehr attraktiv, sei es beruflich oder privat. Menschen in

kleineren Städten, auf dem Land oder Fernpendler werden das Ticket aber bloß sehr eingeschränkt nutzen, sei es, weil es keine Verbindung gibt, oder sei es, weil die Verbindungen so schlecht sind, dass die Reisezeit völlig unzumutbar wird. Sie sind schlicht und ergreifend auf das Auto angewiesen. Eine Alternative gibt es nicht und wird es in nächster Zeit auch nicht geben.

Jahrzehntelang galt dem Deutschen das Auto als Sinnbild von Wohlstand und Freiheit. Doch Sie wollen dem Deutschen diesen Traum nehmen. Mit Ihrer einseitigen staatlichen Subventionierung von Bus und Bahn machen Sie das Autofahren immer teurer. Irgendwo muss das Geld ja herkommen! Mit dieser Ungleichbehandlung werden sich bald nur noch Reiche ein Auto leisten können. Das lehnen wir ab. Wir stehen fest zum Individualverkehr und lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Löw. – Damit darf ich den Kollegen Sebastian Körber von der FDP-Fraktion aufrufen. Herr Abgeordneter Körber, Sie haben das Wort.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD fordert die Möglichkeit eines rabattierten Jobtickets für Beschäftigte des Freistaates. Den 700.000 Tarifbeschäftigten und Beamten des Freistaates sollen günstige Fahrten im Nahverkehr ermöglicht werden. Geplant ist ein Zuschuss von 25 % als Beteiligung an einem Jobticket, das dann noch 34,30 Euro kosten würde. Als Begründung wird angeführt – das ist schon erklärt worden –, dass damit der öffentliche Dienst an Attraktivität gewinnt und Pendler ihr Auto stehen lassen, die dann eben Busse und Bahn nutzen. Es ist eine finanzielle Entlastung aufgrund der gestiegenen Lebensmittel- und Energiekosten geplant, und die SPD hat hier – das will ich ausdrücklich würdigen – auch gute Gründe dazu vorgetragen.

Das Bundesfinanzministerium hat bereits darauf hingewiesen, dass Mittel hierfür fehlen und eine Finanzierung nicht möglich ist und dass es eben klar auch eine Länder-

sache ist, wenn man hier entsprechend Rabattierungen vornehmen möchte. Deswegen ist der Antrag auch hier bei uns im Landtag richtig.

Aber schauen wir es uns an: Der öffentliche Dienst hat natürlich auch aus vielen anderen Gründen Nachholbedarf. Stichwort Digitalisierung: An dieser Stelle weise ich darauf hin, dass die Chancen der Digitalisierung verschlafen worden sind. Wir haben zwar aktuell im Geschäftsverteilungsplan so etwas wie ein kleines Zwergendigitalisierungsministerium ohne Kompetenzen in Bayern. Das bringt aber nichts auf die Reihe. Da sind viele Chancen verschlafen worden, die natürlich die Staatsverwaltung viel besser und attraktiver machen würden. Hier fehlt es massiv an Investitionen für Modernisierung, für technische Ausstattung etc. Das wäre, glaube ich, eine sinnvollere Möglichkeit, hier auch den öffentlichen Dienst – das ist ja Kern und Ziel des Antrags – voranzubringen.

Der Antrag ist aus unserer Sicht noch ein bisschen unausgegoren. Deswegen würden wir uns dazu erst mal enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Körber. – Das Wort hat Herr Staatsminister Füracker. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Jetzt bin ich etwas perplex, weil ich es erstmals erlebe, dass sich die kleine Ampel bei den Beschlüssen in Berlin gar nicht einig ist. Ich will zum Antrag feststellen, Herr Kollege Taşdelen hat hier behauptet, dies wäre ein großer Wurf der SPD in Berlin

(Ruth Müller (SPD): Genau, richtig!)

und es wäre grandios, was hier alles eingeführt wurde. Wissen Sie, hätten wir so etwas eingeführt und dann den Kommunen mitgeteilt, sie müssten jetzt die Hälfte mitzahlen, dann hättet ihr von der SPD gerufen: Das ist konnexitätsrelevant! Der Frei-

staat Bayern muss das erstatten. – Die Bundesregierung führt etwas ein, was nur funktioniert, wenn die Länder 50 % davon bezahlen. Hier sind wir nicht gefragt worden. Also müssen wir es eben zahlen. Der Ruf nach Konnexität nach Berlin ist verhallt. Dann stellt man sich als SPD hierher und tut so, als funktioniere dies nur, weil es den Bund gibt. Wir müssen 50 % davon im Staatshaushalt bereitstellen. 317 Millionen Euro sind dafür eingestellt. Weil wir nett sind, haben wir für Studenten und Azubis auch noch ein 29-Euro-Ticket aufgelegt, das noch einmal über 50 Millionen Euro kostet. Wir geben also über 400 Millionen Euro im bayerischen Haushalt aus.

(Ruth Müller (SPD): Das 365-Euro-Ticket?)

Wenn Sie zuhören, können Sie vielleicht auch einmal weitergeben, was ich Ihnen jetzt an Wahrem sage. Wir haben knappe 400 Millionen Euro im Haushalt. Ab dem 1. Mai, im Haushalt 2024, meine Damen und Herren, sollte das Ganze für das gesamte Jahr gelten. Sollten dann noch mehr Menschen mitfahren, was ja offenbar das Ziel ist, werden nicht 400 Millionen Euro eingestellt, sondern noch einmal einige Hundert Millionen mehr. Wissen Sie, man kann über alles sprechen. Könnten wir aber 400 Millionen aufwenden, um einmal das Angebot, die Infrastruktur, die Barrierefreiheit und all die Dinge herzustellen, hätten alle mehr davon, hundertprozentig. Das kann ich nur sagen.

(Alexander König (CSU): Wahnsinn! – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will betonen, das gelingt nur, weil wir es bezahlen. Dann stellt sich Herr Taşdelen hierher und behauptet – ich habe genau zugehört –, wenn wir das Jobticket einführen würden, gäbe es eine Ermäßigung von 25 %. Dann würde, hat er gesagt, der Bund noch einmal um 5 % ermäßigen. Der Bund, hat er gesagt! Auch dies ist nicht wahr; denn auch bei diesen 5 % müssen die Länder wieder mitzahlen. Deshalb rate ich dazu, die Bedingungen darzustellen, wie sie in Wahrheit sind.

Ich stelle fest, wir geben hier viel Geld in den weiteren Konsum, ohne das Angebot zu verbessern. Deswegen bin ich hier ohnehin ein wenig skeptisch. Im Übrigen ist der Freistaat Bayern – wir haben es gehört – ein Flächenland. Es gibt sehr viele Menschen, die das 49-Euro-Ticket, das Deutschlandticket, nicht nutzen können, weil sie dort leben, wo das Angebot des ÖPNV nicht in der Weise besteht. Diesen Menschen müssen wir dann mitteilen: Für euch können wir es nicht finanzieren. Der Angestellte des öffentlichen Dienstes im Dorf erhält es nicht, aber der in der Stadt schon.

Es ist bezeichnend, Herr Taşdelen telefoniert jetzt. Das ist sein Dringlichkeitsantrag. Ihn interessiert es überhaupt nicht, wenn man hier in sachlicher Weise erklärt, was Sache ist. Ich rufe Herrn Taşdelen auf, im Plenum nicht mehr zu telefonieren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, im Übrigen ist es für alle eine große Erleichterung. Sehen Sie, bisher hat man zum Beispiel für das Pendeln von Ingolstadt oder Augsburg nach München im Monat 200 Euro aufwenden müssen. Jetzt wendet man 49 Euro auf, egal, ob man Beamter, Angestellter im öffentlichen Dienst oder "normaler" Arbeitnehmer der freien Wirtschaft ist. Ich glaube, dass wir durch die Finanzierung mit unseren 317 Millionen Euro jetzt schon in der Breite dafür sorgen, dass alle eine erheblich günstigere Fahrt in die Arbeit finanziert bekommen, und ich glaube, dass der öffentliche Dienst das genauso nutzen kann.

Dann sage ich noch etwas: Insbesondere für die Beamtinnen und Beamten im städtischen Bereich und in den Ballungszentren haben wir unheimlich viel getan. In diesen Monaten werden die Alimentationszahlungen erfolgen, die aufgrund des neuen Gesetzes erforderlich sind. Wir zahlen jetzt in den nächsten Monaten zusätzlich circa 500 Millionen Euro an unsere bayerischen Beamtinnen und Beamten aus, hauptsächlich in den Ballungszentren. Wir haben es ja oft diskutiert. Ich glaube, auch hier wenden wir sehr viel Geld zugunsten unserer Beschäftigten auf. Ein Beamter, meine Damen und Herren, mit A 13 profitiert davon im Übrigen in Zukunft mit 2.800 Euro im

Jahr mehr, wenn er zwei Kinder hat, also weitaus mehr als von Ihrem Jobticket. Sie wollen den Beschäftigten im öffentlichen Dienst jetzt einreden, würde diese Ticket-Idee nicht umgesetzt, würden wir unsere Beschäftigten benachteiligen. Meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern benachteiligt seine Beschäftigten nicht, im Gegenteil: Wir sind im Bundesvergleich der beste Arbeitgeber im öffentlichen Dienst, den es überhaupt gibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen ist es auch nicht so einfach. Wenn jemand schwerbehindert ist, wird er nicht so stark davon profitieren können. Nicht jeder, der im Nachtschichtdienst arbeitet, wird davon profitieren können, selbst wenn er ein 49-Euro-Ticket hat. Wir wollen auch keine einzelnen Beschäftigungsgruppen benachteiligen.

Die rechtliche Grundlage: Ja, der Haushalt ist frisch beschlossen. Falls es Sie interessiert: Wir bräuchten dafür jetzt einen Nachtragshaushalt. Wegen der 56 Millionen Euro machen wir in Bayern einen Nachtragshaushalt, nachdem der Haushalt vor Kurzem beschlossen wurde?

(Alexander König (CSU): Lächerlich!)

Ich habe gelesen, Herr Hayn, Sie sind Unternehmensberater. Ich hoffe, Sie beraten Ihre Unternehmen nicht so, wie Sie den Freistaat Bayern beraten!

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das muss ich Ihnen in aller Ehrlichkeit sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir können jetzt keinen Nachtragshaushalt machen. Außerdem wurde auf die anstehenden Tarifverhandlungen hingewiesen. Ja, das ist wahr: Wir haben uns am Rande der Finanzministerkonferenz über alle Länderfinanzministerkolleginnen und -kollegen

hinweg verständigt, dass wir jetzt erst einmal abwarten, was bei den Tarifverhandlungen im Herbst passiert.

Herr Taşdelen, wenn Sie es ablehnen, dass so etwas im Tarifvertrag verhandelt wird, müssen Sie dies Herrn Kollegen Dressel sagen, den Sie vielleicht kennen. Dieser ist Verhandlungsführer bei der nächsten Tarifrunde. Das ist der Finanzsenator aus Hamburg. Er ist SPD-Mitglied und schließt – soweit ich das gesehen habe – nicht von vornherein aus, dass das mitverhandelt wird. Jetzt schauen wir mal, ob oder ob nicht. Jedenfalls ist dort in der SPD offensichtlich die Auffassung nicht direkt eindeutig und einheitlich. Deshalb warten wir ab. Wir werden sehen, ob das Thema bei den Tarifverhandlungen eine Rolle spielt oder nicht.

Was die Kosten betrifft, meine Damen und Herren – das will ich hier schon einmal feststellen, gerne auch für das Protokoll –, kenne ich niemanden in Deutschland, der uns sagen kann, ob diese Beträge, die jetzt kalkuliert sind, am Ende wirklich ausreichen werden. Dieses 49-Euro-Ticket soll es jetzt zum Einführungspreis geben. Wie sich dies dann entwickelt, wer vermag es zu sagen? – Ich nicht. Es könnte natürlich auch, wenn plötzlich alle das Ticket kaufen, ein Fass ohne Boden werden, meine Damen und Herren! Ich hoffe, dass dann auch alle Menschen im Zug Platz haben und man es auch auf Dauer finanzieren kann; denn es könnte auch sein, dass die Bundesregierung auch hier wie immer kalkuliert: Wir machen einmal, wir geben einmal aus; was es kostet, weiß kein Mensch; wenn es nicht ausreicht, machen wir wahrscheinlich zum Schluss ein "Sondervermögen Deutschlandticket".

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es könnte sein, dass uns das auch noch einfällt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen geben wir nicht ein Promille für ein Deutschlandticket aus, wovon Sie behaupten, es würde unsere Beschäftigten benachteiligen, sondern wir geben knapp

40 % des Staatshaushaltes des Freistaates Bayern jetzt für unsere Beschäftigten und Bediensteten aus, knapp 40 %, meine Damen und Herren! Wir haben also, was die Löhne und Gehälter bayerischer Beschäftigter im öffentlichen Dienst anbelangt, ohnehin eine Vorreiterrolle in ganz Deutschland. Diese werden wir auch behalten. Hier ist die Frage des Jobtickets nur eine Nebensächlichkei. Im Gegenteil: Natürlich wird uns – –

(Unruhe)

– Ich verstehe die Unruhe jetzt nicht. Ich habe jedenfalls Ihrer Behauptung zugehört, was wir falsch machen würden, aber es ist Ihre Entscheidung. Sie müssen nicht zuhören, aber es wäre besser.

Ich verhehle nicht, dass der Tarifabschluss, die Tarifverhandlungen, zu einer großen Herausforderung für alle öffentlichen Haushalte werden. Natürlich kann es sein, dass auch für die Verhandlung der TdL der TVöD eine Richtschnur darstellt. Das ist fast anzunehmen, ja, das ist mir bewusst. Ich werde täglich gefragt, auch aus Oppositionskreisen: Übernehmt ihr das jetzt für die Beamten? Nun wurde der TVöD für die Gemeinden und den Bund verhandelt. Die Verhandlungen für die Länder beginnen im Oktober. Wir haben seit 2013 die Ergebnisse, die auf TdL-Ebene verhandelt wurden, stets auch auf die Beamten übertragen. Wir werden diese Diskussion vielleicht erst zum Jahreswechsel bekommen und erleben, aber ich kann schon jetzt sagen: Wenn der TVöD einigermaßen die Richtschnur bleibt, wird es eine riesige Herausforderung für alle Länderhaushalte werden, die Mehrkosten, die dann entstehen, abzudecken. Deshalb ist es klug, bis Oktober zu warten, um zu sehen, was an zusätzlichen Belastungen neu entsteht durch die Tarifverhandlungen, die dann stattfinden.

Meine Damen und Herren, ich sage es zum Schluss noch einmal: Wir stehen zu unseren Beschäftigten. Niemand, der heute diesen Antrag – auch in namentlicher Abstimmung – ablehnt, muss Angst haben, dass er deswegen in die Defensive kommt. Der Wahlkampfantrag der SPD wird nicht dazu führen. Sie brauchen sich keine Sorgen zu

machen, dass der öffentliche Dienst in Bayern findet, wir gingen schlecht mit ihm um. Ganz im Gegenteil, wir in Bayern zahlen im öffentlichen Dienst zum Beispiel bei der Besoldungsgruppe A 9 einem ledigen bayerischen Berufseinsteiger ohne Kinder im Jahr 2.450 Euro mehr Gehalt als der Bund. Wir zahlen ihm 1.600 Euro mehr als Hessen.

Wir haben einen Gesetzentwurf zur Besoldung mit A 13 für alle Grund- und Mittelschullehrkräfte beschlossen. Meine Damen und Herren, A 13 in Bayern bedeutet Tausende Euro mehr als in anderen Bundesländern. Bayern zahlt Berufseinsteigern in der Besoldungsgruppe A 13 zwischen 3.000 und 9.000 Euro mehr als andere Bundesländer. Deswegen können wir vor den öffentlichen Dienst treten, wir können das machen. Wer Informationen braucht, dem antworte ich jederzeit gern.

Wir haben auch bei der Ausstattung nichts verschlafen. Was die Ausstattung unserer Polizei und anderer betrifft, meine Damen und Herren, da sollen mal die, die bisher in Berlin regiert haben, schauen, wie wir das in Bayern machen, den öffentlichen Dienst auszustatten. Auch da habe ich ein reines Gewissen und keine Probleme. Deswegen bleibt der Freistaat Bayern ein hochattraktiver Arbeitgeber, selbst dann, wenn wir heute richtigerweise diesen Dringlichkeitsantrag ablehnen, wofür ich mich im Voraus bedanke.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Es gibt zwei Meldungen zur Zwischenbemerkung. Herr Taşdelen hat sein Telefonat beendet und hat jetzt das Wort.

(Heiterkeit)

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, diese Bemerkung hätte jetzt nicht sein müssen.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Es gibt ja auch Situationen, wo man sich schnell in der Fraktion abstimmen muss und sich erkundigen muss, ob das, was der Redner gerade sagt, auch der Wahrheit entspricht.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Herr Füracker, ich danke Ihnen für die Richtigstellung, weil Ihre beiden Kollegen von den Koalitionsfraktionen zumindest angedeutet haben, dass es gar nicht möglich wäre, das Ganze jetzt noch in den Haushalt aufzunehmen. Sie haben das richtiggestellt, indem Sie gesagt haben: Mit einem Nachtragshaushalt wäre es natürlich möglich gewesen.

(Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Danke dafür, dass Sie jetzt die Argumente Ihrer CSU-Kollegen entkräftet haben.

Wenn eine Arbeitnehmerin täglich mit dem ÖPNV von Augsburg nach München gefahren ist, dann hat sie monatlich knapp mehr als 250 Euro aufgewendet. Jetzt sind es mit dem Deutschlandticket nur noch 49 Euro monatlich. Das heißt, die Beschäftigten haben sehr wohl profitiert.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Das habe ich gesagt.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ihre Redezeit läuft ab.

Arif Taşdelen (SPD): Jetzt zu meiner Frage. Der Bund hat rund, das haben Sie gesagt, 320 Millionen und der Freistaat – –

(Zurufe von der AfD: Redezeit! Ausschalten!)

Was hat der Freistaat vorher auch im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs aufgewendet?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Der Herr Staatsminister hat das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Wissen Sie, Sie sind seit Langem Parlamentarier und wissen: Alles kann man mit einem Nachtragshaushalt reparieren, wenn man das will. Das ist kein Problem. Ob das 56 Millionen sind, ob das 2 Millionen sind, ob das 100 Millionen sind.

(Zuruf des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Sie haben hier behauptet, 5 % würde dann der Bund zahlen. Solche Behauptungen machen Sie. Dann möchten Sie uns erklären, dass irgendjemand etwas Falsches sagt. Der Einzige, der hier bisher grob falsch Auskunft gegeben hat, waren Sie in Ihrer Rede. Deswegen habe ich das zurückgewiesen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Arif Taşdelen (SPD): Sie haben die Frage nicht beantwortet!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Abgeordneten Hayn.

Elmar Hayn (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister Füracker, es freut mich, dass Sie mitbekommen haben, dass ich früher Unternehmensberater war. Das zeigt, dass ich Ihnen nicht ganz unwichtig bin oder nicht ganz unbekannt.

(Unruhe)

Nur einmal zur Klarstellung: Ich habe unter anderem auch – Sie wissen es vom Hauptausschuss des Bayerischen Beamtenbunds – die GBW beraten, die jetzt "Dawonia" heißt. Sie ist früher im Eigentum der BayernLB gewesen. Durch meine Tätigkeit hat die BayernLB für die GBW einen größeren Erlös erzielt.

(Alexander König (CSU): Das wollten wir schon lange mal wissen! Das ist hochinteressant!)

Ich hätte es lieber gesehen, wenn das Geld in die Pensionsrückstellungen für die bayerischen Beamtinnen und Beamten aufgenommen worden wäre. Aber das nur nebenbei.

(Alexander König (CSU): Der ganze Ablauf würde uns jetzt sehr interessieren! –
Tanja Schorer-Dremel (CSU): Kommen Sie zur Frage!)

Ich hätte einen Vorschlag, wie man auch ohne Nachtragshaushalt auskommen könnte. Sie haben eine Fraktionsreserve in Höhe von 70 Millionen Euro.

(Unruhe)

– Es wäre schön, wenn es leise wäre. – Sie haben eine Fraktionsreserve in Höhe von 70 Millionen Euro. Nicht einmal die Hälfte davon müssten Sie in diesem Jahr aufwenden, um das Jobticket zu finanzieren, wie das von der SPD vorgeschlagen wird.

(Anhaltende Unruhe – Florian von Brunn (SPD): Ich verstehe nichts, Herr Präsident!)

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Ich habe es leider akustisch nicht verstanden.

Elmar Hayn (GRÜNE): Die Frage bzw. der Vorschlag – – Die Kollegen von der CSU sind immer so laut.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Sagen Sie es noch mal klar und deutlich!

Elmar Hayn (GRÜNE): Sie haben eine Fraktionsreserve von 70 Millionen Euro. Wenn Sie nicht mal die Hälfte davon aufwenden würden, könnten Sie dieses Jahr das Jobticket auch ohne Nachtragshaushalt finanzieren und täten etwas Sinnvolles damit.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Nein, man muss im Haushaltsrecht die Gelder schon für Dinge ausgeben, für die sie vorgesehen sind. Ich kann

nicht einfach mal schnell noch irgendetwas erfinden, was bisher in keinem Haushalt vorgesehen ist. Ich bitte schon darum, konsequent zu bleiben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine weitere Meldung zu einer Zwischenbemerkung liegt nicht vor. Es gibt auch keine weiteren Wortmeldungen.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Es ist eine namentliche Abstimmung beantragt. Der zeitliche Abstand ist gewahrt. Die namentliche Abstimmung wird in elektronischer Form durchgeführt. Verwenden Sie dafür bitte Ihr Abstimmgerät. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist hiermit freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 14:36 bis 14:39 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Abstimmung ist beendet. Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

(...)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, darf ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Deutschlandticket als rabattiertes Jobticket auch für die Beschäftigten des Freistaates Bayern" auf der Drucksache 18/28904 bekannt geben: Mit Ja haben 49 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 102 Abgeordnete gestimmt; es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.05.2023 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Florian Ritter u. a. und Fraktion SPD; Deutschlandticket als rabattiertes Jobticket auch für die Beschäftigten des Freistaates Bayern (Drucksache 18/28904)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Enghuber Matthias		X	
Adjei Benjamin				Fackler Wolfgang		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aiwanger Hubert				Fehlner Martina	X		
Arnold Horst				Fischbach Matthias		X	
Atzinger Oskar		X		Flierl Alexander		X	
Aures Inge	X			Flisek Christian			
Bachhuber Martin		X		Franke Anne	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Freller Karl		X	
Bauer Volker		X		Friedl Hans		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Friedl Patrick	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Fuchs Barbara	X		
Bayerbach Markus		X		Füracker Albert		X	
Becher Johannes	X			Gehring Thomas			
Becker Barbara				Gerlach Judith			
Beißwenger Eric		X		Gibis Max			
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin				Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal	X			Graupner Richard		X	
Brandl Alfons		X		Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert				Güller Harald	X		
Brendel-Fischer Gudrun				Guttenberger Petra			
von Brunn Florian	X			Häusler Johann			
Dr. Büchler Markus	X			Hagen Martin		X	
Busch Michael				Prof. Dr. Hahn Ingo			
Celina Kerstin	X			Halbleib Volkmar	X		
Dr. Cyron Anne		X		Hartmann Ludwig	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Hauber Wolfgang		X	
Demirel Güleren				Haubrich Christina	X		
Dorow Alex				Hayn Elmar	X		
Dremel Holger		X		Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Ebner-Steiner Katrin				Herrmann Joachim			
Eck Gerhard				Dr. Herz Leopold		X	
Eibl Manfred		X		Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hierneis Christian	X		
Eisenreich Georg				Hiersemann Alexandra	X		
Enders Susann				Hintersberger Johannes			
				Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald			
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans			
Ritter Florian			
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas	X	X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	49	102	0